



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Hofmann, Jul.: Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zur Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten



ie Kampagne, der Wahlfeldzug hat begonnen. Berge von Kampagne-literatur werden über das Land geschüttet, die Redner schwärmen aus, Geldsummen werden aufgebracht. Hüben und drüben lauert der Feind. Ängstlich sehen die Freunde der gegenwärtigen Regierung nach dem Weißen Hause in Washington, ob die „Macht auf dem Throne“ sie nicht überrasche durch eine ihrer gewagten Taten, die auch die gewandteste republikanische Kasuistik schließlich nicht mehr verteidigen könnte. Gespannt sind Auge und Ohr der Gegner auf Worte und Werke der Macht-haber gerichtet. Wehe ihnen, wenn sie sich regen! Seis nach rechts, seis nach links, es wird ihnen zum Schaden ausgelegt.

Welcher sonderbare Zustand! Eine Olympiade lang dauert die Vorbereitung auf den Wettkampf. Die Rücksicht auf ihn wirkt bestimmend auf alle Maßnahmen der Regierung. Gegen das Ende der Olympiade aber steigert sich der Eifer, bis im November des vierten Jahres dann der Wettkampf losgeht. Zuschauer ist die Nation, ist die Welt. Ein aller vier Jahre wiederkehrender Bürgerkrieg wird entfesselt. Unblutig, fordert er doch viele Opfer. Es fallen der Köpfe genug. Ja es scheint, als ob der Krieg der Waffen weniger die gemeinen und eher die edeln Triebe der Menschen wecke, als dieser Krieg der beiden großen Parteien um die Präsidentschaft. Es ist ähnlich wie im Konkurrenzkampf des täglichen Geschäfts. Niemand wird sagen können, wo die größere Grausamkeit zu finden ist, und wo die tiefsten Wunden geschlagen werden, ob im Geschäftsleben oder im Kriege. Und gar erst dieser politische Kampf! Zunächst gilt er nicht den Leibern, sondern er greift an, was wir mit dem Sammelnamen Seele nennen, die feinsten eigensten Werte der Person, ihren Ruf, ihr Gewissen, ihre Ehre, ihre Überzeugungen, ihr Lebenswerk. Er scheut nicht das Briefgeheimnis, nicht das Heiligtum des Hauses und der Ehe. Er benützt den Jüngling gegen den Mann. Was jener in der Glut der Begeisterung geschrieben hat, scharfe, allgemeine und darum halbwahre Urteile — das wird nun gegen den reifen Mann hervorgezogen. So im Falle des jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten und Kandidaten der republikanischen Partei. Der Amerikaner kennt keine Entwicklung, und die Partei erkennt sie erst recht

nicht an. Daß des Menschen Leben durch Widersprüche geht, daß er „irrt, solange er strebt,“ ist ihm nicht aufgegangen. Ähnliches beobachtet ja auch der Deutsche im „Kampfe“ Denisles und Baumgartens gegen Luther und Goethe. Hier erscheint der Roosevelt von gestern als der Kronzeuge gegen den Roosevelt von heute. Man graft seine Schriften ab, und zu der oben erwähnten Kampagne-literatur gehört auch eine Sammlung von Sätzen aus den umfangreichen gesammelten Werken des Präsidenten, aus denen er selbst seine heutige Politik widerlegen soll. Es ist ein weiser Rat, wenig zu schreiben und wenig zu reden. Für den, der herrschen will, ist es gut, wenn er sagen kann: „Ich gebe nichts Schriftliches von mir.“ Die politische Schriftstellerei, die einst weite Kreise auf ihn aufmerksam machte, soll dem Kandidaten nun den Hals brechen.

Um die Präsidentschaft handelt es sich, und noch um mehr. Größeres steht für die verlierende Partei auf dem Spiele. Denn dem Sieger gehört die Beute, und durch einen Wechsel in der Regierung wird das ungeheure Beamtenheer aus seinen Stellen enthoben und natürlich teilweise brotlos. Bis in den fernsten Winkel, wo ein einsamer Postmeister im tiefsten Tannenwalde spärliche Brief- und häufige Zeitungsendungen an die berittnen Knaben verteilt, die auf kaum geschlagenen Pfaden weither kommen, wird der Wellenschlag der neuen Ordnung dringen. Bleiben oder gehn ist hier die Frage. Für das gegenwärtige Regime zu stimmen und Stimmung zu machen, ist für die Tausende ein Teil, der Hauptteil ihrer broterwerbenden Arbeit. Sie hinauszuerwerfen schafft andern Tausenden das begehrte leichte Brot. Denn nur ein vorerst noch enger Kreis von Verwaltungsstellen ist in den Bereich des Civil Service gezogen. Ihre Inhaber sind durch die vorgeschriebnen Prüfungen gegangen. Sie bleiben im Amte, auch wenn die Regierungspartei wechselt. In diesem Zivildienst liegt ein Sieg des deutschen Beamtenbegriffs vor. Der Amerikaner kennt nur drei Berufe: Richter, Arzt und Prediger. Alle andern Zweige stellen bloß das zufällige Mittel für die Erwerbung des Lebensunterhalts dar. Der Arbeiter und der Kleinkaufmann haben kein andres Interesse an ihrer Arbeit, als daß sie ihnen als Mindestbetrag die Möglichkeit der Existenz gewähre. Man nennt das to make a living, ein Leben machen, wie der Amerikadeutsche sagt.

Die Zivildienstreform hat nun den Bereich der Berufe weiter ausgedehnt. Es gibt durch sie jetzt immer mehr Verwaltungszweige, die Lebensstellungen gewähren. Briefträger und Zollbeamte zum Beispiel gehören dazu. Nicht freilich zunächst noch die höhern Stellen, wie zum Beispiel die des Postmeisters, der sich beim Regierungswechsel als ein völlig Unerfahrener erst in sein Amt einarbeiten muß. Insofern stellt der Zivildienst zugleich einen Sieg des Begriffs des Sachverständigen dar, der in Amerika bei weitem nicht in dem Maße gilt wie in der alten Kultur. In den Staaten kommt mehr als sonstwo mit dem Amt auch der Verstand. Nicht Qualität des Inhabers, sondern parteipolitische Rücksichten bestimmen zuletzt die Ernennung der Beamten. Jedermann kann alles. Es entspricht dem, daß auch jedermann über alles urteilen kann. Pferde und Schulmeister, Bauten, Hospitäler und Stadtanlagen — über alles hat jeder seine Meinung und spricht sie aus in einer Unbefangenenheit, die nur aus dem gänzlichen Mangel an Sachkenntnis und an Achtung vor sachver-

ständigem Urteil erklärt werden kann. Aber auch hier tritt langsam der Umschwung ein. Immer mehr bilden die Mediziner, hauptsächlich durch die fortwährenden Anstrengungen der medizinischen Fakultät der Baltimorer Johns Hopkins University, einen besondern, abgeschlossenen Stand. Wir haben jetzt auch so etwas wie einen Landschaftsarchitekten, den man bei Städteplänen zu Rate zieht. Der kommende Försterstand wird ebenso einen abgesonderten Beruf bilden. Und die geprüften Beamten im Zivildienst sind vom Schwanken der öffentlichen Meinung völlig unabhängig.

Präsident Roosevelt ist ein Vorkämpfer der Zivildienstreform gewesen, als deren Führer zurzeit unser Landsmann Karl Schurz und der Baltimorer Rechtsanwalt Charles Bonaparte zu gelten haben.

Die Lage vor der diesjährigen Wahl ist nun im Vergleich zu der vor vier Jahren viel weniger durchsichtig. Damals durfte ich in den Grenzboten nach den Erfahrungen der Vergangenheit den unbedingten Sieg des Imperialismus, das ist der Weltmachtspolitik, voraussagen. Er kam auch. Theodore Roosevelt war im Jahre 1900 der Kampagneredner Mac Kinleys. Seine Partei hatte ihn kaltstellen wollen und gab ihm darum das Amt des Vizepräsidenten. Man muß ihn gehört und gesehen haben, den Mann, der für einen andern seine ganze kraftvolle Persönlichkeit in die Wagchale warf, umweht von der Romantik des Jägers des fernen Westens, der den Grizzlybär bestanden hatte, geschmückt war mit dem Lorbeer des Siegers von St. Juan Hill vor Santiago, Stimme und Wesen erfüllt von der Erregung, in die die Nation durch den Vorstoß nach Manila und Portoriko versetzt worden war. Da spürte man, daß man Zeuge war, wie Geschichte gemacht wurde. Kraftvolle Persönlichkeit! Er hat selber dafür ein Wort geprägt: *The strenuous life*, Beschäftigung, die nie ermattet, ist sein Lebensideal und auch das Leitwort seiner Politik.

Und diese auf den Angriff angelegte Natur ist nun zum Schweigen verurteilt. Das scheint der Preis zu sein, um den die Partei seine Anwartschaft auf den Präsidentenstuhl angenommen hat. Beide, Republikaner sowohl wie Demokraten, wissen, daß die gegenwärtig Regierenden nur durch die Fehler, die sie machen, gestürzt werden können. Aber: die Regierenden sind nicht Roosevelt! Das ist gerade der Umschwung oder besser die folgerichtig erreichte Stufe der Entwicklung. Es ist dem Namen nach eine Republik, in der Tat aber die Herrschaft des stärksten Mannes. Theodore Roosevelt ist die Partei. Die ihn stürzen wollen, sind gegen die autokratische Zuspitzung des Regierungsbetriebs, sind gegen den Mann. Und der ihn stürzen könnte, er müßte ein Mann sein zum mindesten wie er.

Was wir von Perikles im Thukydides gelesen haben, ist hier vor unsern Augen eingetreten, wie sehr auch sonst die Züge des perikleischen Zeitalters fehlen, und der Vergleich mit dem großen Athener dem halbromantischen, halbmodernen amerikanischen Staatsmanne zu schaden geeignet ist.

Reichsdeutsche Zeitungen pflegen mit den Worten Demokraten und Republikaner umzugehen, als seien ihre Leser von Kind auf damit vertraut. Die Reisenden jedoch, die sich studienhalber hier aufhalten, stellen meist zu allererst

die Frage: Was sind eigentlich die Demokraten? Ja, was sind sie? Das fragt sich die demokratische Presse auch. Was wollen wir Demokraten im Gegensatz zu jenen? Man sucht nach einem Programm. Und man hat bis jetzt nur Einen Punkt finden können: Selbständigkeit der Philippinen. Diese begründet man mit dem Hauptgrundsatz der amerikanischen Verfassung, und der sagt, daß eine Regierung nur mit Zustimmung der Regierten bestehen könne, daß mithin eine Besteuerung ohne gesetzgebende Vertretung der Besteuerten nicht zu denken sei. Kolonialbesitz widerspricht dem Wesen des amerikanischen Staates, und die Forderung der Autonomie der Philippinen bedeutet somit die Rettung des bedrohten Nationalheiligtums der Konstitution. Höchst bezeichnend ist es, welche Stelle dieses Schriftstück im Leben des Amerikaners einnimmt! Es ist inmitten all des materiellen und persönlichen Kleinrats und Reibens das einzige Ideale.

Daß die demokratische Partei die Konstitution gegen den Imperialismus vertritt, ist eine Folge der Politik Mac Kinleys, die diesen mit der republikanischen Partei gleichsetzte. Doch ist diese immer die Vertreterin des Einheitsgedankens gegenüber der partikularistischen Demokratie gewesen. Denn die Vereinigten Staaten sind ein Staatenbund. In ihnen kämpfen zusammenstrebende und auseinanderstrebende Neigungen miteinander. Die Republikaner betonen die Union über den Staaten, die Zentralgewalt über der Territorialmacht. Der Süden bekämpfte im Bürgerkriege die Zentralgewalt; die Republikaner verteidigten die Union. Die Südstaaten sind demokratisch, der Norden ist republikanisch. Die Neger sind fast geschlossen in den Reihen der Republikaner zu finden. Diese sind nach allem die nationale Partei. Ihr Nationalismus kann sich bis zum Fremdenhaß steigern. „Ein Land, Eine Fahne, Eine Sprache“ ist eine echt republikanische Losung. Sie richtet sich darum auch gegen die Pflege fremder Volkstümer in den nationalen Grenzen. Obgleich sie der Hilfe der Deutschen im Bürgerkriege so viel verdankt, ist sie dem Grundsatz nach gegen die „Ausländer,“ die „Bindestrich-Amerikaner.“ Sie will Amerikaner, und nur Amerikaner. Auch vertritt sie den ökonomischen Abschluß gegen das Ausland: sie ist hochzöllnerisch. Aber nicht einmal um höhern oder niedern Zolltarif kämpfen diesmal die Parteien. Auch kirchenpolitisch gilt die Parteilinie: der offizielle Katholizismus ist demokratisch. Seinen Kirchenschulen gegenüber vertreten die Republikaner die einsprachige, religionslose Volksschule.

Eine Zeit lang hatte es den Anschein, als ob gerade die Republikaner, das ist hier der Präsident, gegen die Syndikate und die Monopole Stellung nehmen wolle. Jedoch sei es, daß auch er das Unmögliche nicht vermochte, sei es, daß er aus geschichtlicher Einsicht einen Eingriff in den Gang der Dinge auf dem Gebiete der Trusts nicht für geraten hält — schließlich erscheint die republikanische Partei dem Lande in das Trustsystem verwickelt; denn dieses trägt das Kapital. Und das Kapital schlug im Jahre 1900 den demokratischen Vertreter der Silberwährung, es wird auch diesmal auf seiten der Partei sein, die Weltpolitik treibt. Weltpolitik aber bedeutet das Übergreifen auf Ostasien und Westindien, das für alle Zeit mit dem Namen der republikanischen Partei verbunden sein wird, ebenso wie der Theatercoup in Panama. Weltpolitik ist

teuer. Der gemeine Mann jedoch will sparen und sparen sehen. Darum wendet sich die demokratische Partei gegen das riesenhafte Anwachsen der Ausgaben unter republikanischem Regime. Mithin ist der Ruf der Demokraten: Rückwärts! Einschränkung, Aufgeben des größeren Amerikas! Wir sehen, das ist Verneinung. Was aber wirklich geschehen soll, darüber ist uns bis jetzt keine die geschichtliche Einsicht befriedigende Auskunft zuteil geworden. Die Ereignisse mögen sie bringen. Sie mag von Japan her kommen. Bis zum November kann noch manches geschehen. Gewiß wird die Regierung alles vermeiden, was nach Bewegung aussieht und dem Gegner eine Handhabe bieten könnte. Auch gilt es abzuwarten, wie sich der Gegenkandidat, der ehemalige Richter Alton B. Parker, entwickelt. Denn wie die Dinge liegen, ist wohl nie eine Wahl so sehr Wahl zwischen Persönlichkeiten gewesen. Es war Einer, der hätte in Frage kommen können: Grover Cleveland. Er hat in der Tat das Vertrauen des ganzen Volkes. Aber er lehnte ab. Ihm hätte man die Zukunft der Nation auch ohne ausgesprochenes Programm anvertraut: unbeftechlich, beharrlich, klug und ehrlich, das sind die Eigenschaften, die ihm die nationale Phantasie zuschreibt. Parker ist dem weitem Volk eine unbekannte Größe. Von ihm liegt bis jetzt bloß eine Kundgebung gegen den linken Flügel der Demokratie, die Bimetallisten, vor; die Erledigung einer rein innerparteilichen Frage.

Was die Machtverhältnisse anlangt, so handelt es sich hauptsächlich um den Staat, das ist in Wirklichkeit trotz dessen Größe die Stadt Newyork. Diese sowie Newjersey, Connecticut, Indiana und Wisconsin geben den Ausschlag. Die übrigen Staaten haben ihre Mehrheit in dem einen oder dem andern Sinne schon gleichsam durch Überlieferung festgestellt: Pennsylvanien zum Beispiel ist republikanisch, Maryland demokratisch. Niemand erwartet ein andres Ergebnis. In den obengenannten fünf Staaten gibt es etwa eine Million unabhängiger Stimmen. Diese teilt der demokratische Kampagneredner ein in Wilde und Deutsche, Mugwumps and Germans! Par nobile! Sie werden die Wahl in den fünf Staaten und damit in der Union bestimmen. Von den Deutschen sagt derselbe Redner, daß es in ihrem Interesse liege, einen Krieg mit dem Mutterlande zu vermeiden. Bei seiner impulsiven Art sei aber der Präsident jeden Augenblick dazu fähig, einen solchen „zur Verherrlichung der gegenwärtigen Regierung vom Zaune zu brechen.“ Deshalb müßten die Deutschen gegen den Präsidenten stehn, wie sehr er auch dem Kaiser ähnele. Aus diesen Worten kann man urteilen, wie hoch die Bedeutung des Kaisers für das hiesige Deutschtum angeschlagen wird. Die Zahlen 1848, 1870 und 1900 bedeuten Wendepunkte in der Seele der Deutschen in Amerika. Interessant dürfte für den deutschen Leser auch sein, daß man den in der hiesigen politischen Presse für Kaiser Wilhelm den Zweiten beliebten Titel War-Lord, der ja noch etwas mehr bedeutet als unser Kriegsherr, auf den Präsidenten Roosevelt übertragen hat.

Bei allem aber bleibt eins zu erwägen. In der republikanischen Staatsverfassung gibt es einen unberechenbaren Umstand: die Unzufriedenheit des Volks mit dem Bestehenden, die dunkle dumpfe Furcht vor der Übermacht des Einzelnen, der eine Änderung im Regierungskörper bloß um der Änderung

willen leicht als wünschenswert erscheinen mag. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Fall jetzt schon eintrete. Diese Möglichkeit kann aber nur das Interesse an der Wahl im kommenden November erhöhen.

Baltimore

Jul. Hofmann



## Zur lippischen Erbfolge



Das Folgende ist allein in Vertretung einer von politischen Erwägungen unbeeinflussten wissenschaftlichen Ansicht geschrieben, während es dem Verfasser, der mit keinem der Beteiligten die geringsten Beziehungen unterhält, völlig fern liegt, Partei zu ergreifen.

Dadurch daß, wie bekannt, Schaumburg-Lippe seine Ansprüche auf den Thron von Lippe-Detmold neuerdings wieder erhoben und seinen Einspruch gegen die Thronfolge der Bielefelder Linie beim Bundesrat erneuert hat, ist der lippische Erbfolgestreit abermals akut geworden, nicht schon durch das Ableben des jüngst verstorbenen Grafregenten Ernst. Denn die eine Möglichkeit, den ganzen Streit zu begraben, wäre offenbar die gewesen: daß die verschiedenen Linien des lippischen Gesamthauses, insbesondere das Haus Schaumburg-Lippe die tatsächliche Erbfolge der Bielefelder unangefochten zugelassen hätten. Wenn ein solcher tatsächlicher Zustand lange genug, zumal über den Tod des noch nominell regierenden geisteskranken Fürsten Alexander hinaus gedauert hätte, so würde er unzweifelhaft mit der Zeit Rechtswirkungen geäußert haben, und die Bielefelder wären faktisch und rechtlich thronfolgeberechtigt geworden. Denn eine andre Stelle als eben die lippischen Agnaten, die in der Lage und berechtigt wäre, sie daran zu hindern, gibt es nicht, und wo kein Kläger ist, da ist kein Richter; das gilt im Staatsrecht ebensogut wie im Privatrecht.

Da diese Möglichkeit freiwilligen Zurücktretens der einen Partei nicht zur Wirklichkeit geworden ist, muß eine autoritative Erledigung erfolgen. Und zwar muß der Bundesrat auf Grund des Artikels 76 Absatz 1 der Reichsverfassung, der ihn zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten beruft, eine Entscheidung fällen oder herbeiführen. Es haben allerdings, meines Erachtens zu Unrecht, namhafte Lehrer des Staatsrechts, die sich aus der genannten Verfassungsbestimmung herleitende Zuständigkeit des Bundesrats für den Fragefall bestritten mit der Behauptung, es läge hier kein Streit zwischen Bundesstaaten vor, sondern nur persönliche Ansprüche verschiedener Agnaten. Es würde zu weit führen, diese Streitfrage hier zu erörtern: soviel ist gewiß, daß der Bundesrat in seinem Beschluß vom 5. Januar 1899 selbst seine Zuständigkeit in dieser Sache grundsätzlich bejaht hat, und es besteht kein Grund zu der Annahme, daß er diesen Standpunkt heute ändern würde. Man mag diese Ansicht des Bundesrats sachlich für richtig oder für unrichtig halten: jedenfalls gibt es keine Instanz und kein Verfahren, wodurch ihm die Zuständigkeit, die er sich selbst vindiziert, wieder abgesprochen werden könnte. Mit Rücksicht auf